

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

|              |  |
|--------------|--|
| Suchabfrage  | <b>20.04.2024</b>                        |
| Thema        | <b>Rechtsordnung</b>                     |
| Schlagworte  | <b>Keine Einschränkung</b>               |
| Akteure      | <b>Suter, Gabriela (sp/ps, AG) NR/CN</b> |
| Prozesstypen | <b>Keine Einschränkung</b>               |
| Datum        | <b>01.01.1965 - 01.01.2024</b>           |

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Frick, Karin  
Lütolf, Lukas  
Schmid, Catalina

## Bevorzugte Zitierweise

Frick, Karin; Lütolf, Lukas; Schmid, Catalina 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Rechtsordnung, 2021 – 2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

|                                     |   |
|-------------------------------------|---|
| <b>Allgemeine Chronik</b>           | 1 |
| <b>Grundlagen der Staatsordnung</b> | 1 |
| Rechtsordnung                       | 1 |
| Strafrecht                          | 1 |
| Öffentliche Ordnung                 | 2 |

## Abkürzungsverzeichnis

|              |  |
|--------------|--|
| <b>RK-SR</b> | Kommission für Rechtsfragen des Ständerates      |
| <b>RK-NR</b> | Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats     |
| <b>StGB</b>  | Schweizerisches Strafgesetzbuch                  |
| <b>ZHAW</b>  | Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften |

---

|               |   |
|---------------|---|
| <b>CAJ-CE</b> | Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats |
| <b>CAJ-CN</b> | Commission des affaires juridiques du Conseil national  |
| <b>CP</b>     | Code pénal suisse                                       |
| <b>ZHAW</b>   | Haute école des sciences appliquées de Zürich           |

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Rechtsordnung

#### Strafrecht

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 25.06.2021  
CATALINA SCHMID

In der Sommersession 2021 gab die RK-NR einer parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG) Folge, welche die Ergänzung des Strafgesetzbuchs um einen **Straftatbestand Cybermobbing** forderte. Die Problematik des Cybermobbings habe in den letzten Jahren aufgrund der Digitalisierung stark zugenommen, wobei gemäss einer Studie der ZHAW fast jede vierte minderjährige Person von Cybermobbing betroffen sei. Die bestehende Gesetzgebung sei vorwiegend auf Einzelhandlungen wie beispielsweise Nötigung ausgelegt und reiche nicht mehr aus, um auf das zunehmende Cybermobbing zu reagieren, das in einer Vielzahl an Handlungen und Verhaltensweisen auf ein Opfer einwirke. Im Rahmen der Beratung des Vorstosses beschloss die Kommission zugleich, ein Kommissionspostulat (Po. 21.3969) einzureichen, womit sie den Bundesrat beauftragen wollte, neue Bestrafungsmöglichkeiten für Cybermobbing und digitale Gewalt zu prüfen.<sup>1</sup>

POSTULAT  
DATUM: 27.09.2021  
CATALINA SCHMID

Im Rahmen der Beratung der parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG; Pa.Iv. 20.445) beschloss die RK-NR, ein Postulat für **Ergänzungen des Strafgesetzbuchs betreffend Cybermobbing und digitaler Gewalt** einzureichen. Gegenwärtig enthalte das Strafgesetzbuch zwar verschiedenste Artikel, die zur Bestrafung von Cybermobbing zur Anwendung kommen könnten, allerdings reiche die blosser Erwähnung des Cybermobbings im StGB nicht aus, um die «Nöte der Betroffenen» zu lindern, begründete die Kommission ihren Vorstoss. In der Herbstsession 2021 nahm der Nationalrat das Postulat stillschweigend an.<sup>2</sup>

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 21.01.2022  
CATALINA SCHMID

Anders als zuvor ihre Schwesterkommission entschied die **RK-SR** im Januar 2022 mit 8 zu 5 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG) für die **Einführung eines Straftatbestands Cybermobbing** keine Folge zu geben. In ihrer Medienmitteilung führte sie als Begründung an, zuerst den Bericht in Erfüllung eines Kommissionspostulats der RK-NR (Po. 21.3969) abwarten zu wollen. Dieser verspreche, die Problematik und den allfälligen Handlungsbedarf bezüglich Cybermobbings breiter auszulegen.<sup>3</sup>

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 06.12.2022  
KARIN FRICK

Im November 2022 bekräftigte die RK-NR ihren Entscheid für die **Einführung eines neuen Straftatbestands für Cybermobbing**. Nachdem sich ihre Schwesterkommission dagegen entschieden hatte, beantragte die RK-NR ihrem Rat abermals mit grosser Mehrheit, der entsprechenden parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG) Folge zu geben. Sie hatte inzwischen vom Bericht des Bundesrates zu Ergänzungen des Strafgesetzbuches zu Cybermobbing Kenntnis genommen und war anders als der Bundesrat der Ansicht, dass Mobbing-Handlungen im Internet durch das geltende Strafrecht nicht ausreichend abgedeckt seien. Der **Nationalrat** folgte seiner Kommission in der Wintersession 2022 mit 154 zu 36 Stimmen bei 3 Enthaltungen und **gab der Initiative Folge**. Der ablehnende Antrag von Andreas Glarner (svp, AG) fand ausserhalb der SVP-Fraktion keine Unterstützung.<sup>4</sup>

PARLAMETARISCHE INITIATIVE  
DATUM: 21.12.2023  
LUKAS LÜTOLF

Im Oktober 2023 widersprach die RK-SR ihrer Schwesterkommission erneut, lehnte die **Einführung eines neuen Straftatbestands für Cybermobbing** ab und empfahl somit dem Ständerat, der entsprechenden parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG) keine Folge zu geben. Eine knappe Mehrheit der Kommission verwies dabei auf die kürzlich vollzogene Behandlung des Themas Cybermobbing und Rachepornografie anlässlich der Revision des Sexualstrafrechts und bezog sich auf die laufenden Arbeiten der RK-NR an einer Vorlage zum Thema Stalking. Die Kommissionsmehrheit sehe aktuell keinen Handlungsbedarf und die parlamentarische Initiative sei zudem nicht das geeignete Mittel, um einen solch komplexen Gesetzgebungsprozess anzustossen, betonte Berichterstatter Beat Rieder (mitte, VS) im Ständeratsplenum. Die Kommissionsminderheit, vertreten durch Daniel Jositsch (sp, ZH), war hingegen der Auffassung, dass es beim Thema Cybermobbing grossen Handlungsbedarf gebe.

Während der Debatte betonte die befürwortende Seite zudem die Bedeutung einer zeitgemässen Anpassung des Strafrechts sowie deren Signalwirkung nach aussen. Der **Ständerat** folgte der Kommissionsminderheit und **gab der Initiative** in der Wintersession 2023 mit 23 zu 18 Stimmen **Folge**. Die Mehrheit kam mit Stimmen von Mitte-Links und Einzelstimmen aus der SVP-Fraktion zustande.<sup>5</sup>

## Öffentliche Ordnung

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 12.01.2023  
KARIN FRICK

Nachdem der Bundesrat Ende 2022 einen Bericht zum Thema veröffentlicht hatte, erachtete es die RK-NR als notwendig, die Verwendung und Verbreitung von nationalsozialistischen Symbolen konsequenter zu unterbinden. Mit 12 zu 11 Stimmen lancierte sie im Januar 2023 daher eine parlamentarische Initiative für ein **spezialgesetzliches Verbot der öffentlichen Verwendung von nationalsozialistischen, rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden und extremistischen Symbolen**. Sie wählte den Weg über das neu zu schaffende Spezialgesetz, weil dieses genug Raum biete, um das neue Verbot und seine Ausnahmen genau zu beschreiben, und es ermögliche, Verstösse im Ordnungsbussenverfahren zu ahnden. Mit einer Verankerung des Verbots im Strafgesetzbuch – wie sie eine parlamentarische Initiative Suter (sp, AG; Pa.Iv. 21.525) forderte – wäre dies nicht möglich, argumentierte die Kommission.<sup>6</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 13.01.2023  
KARIN FRICK

Im Januar 2023 beschloss die RK-NR mit 11 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung, einer parlamentarischen Initiative Suter (sp, AG), die **die öffentliche Verwendung und Verbreitung rassendiskriminierender Symbole in jedem Fall unter Strafe stellen** wollte, keine Folge zu geben. Die Initiatorin hatte verlangt, dass das Strafgesetzbuch dahingehend geändert wird, dass das Zeigen von rassendiskriminierenden, insbesondere nationalsozialistischen, Symbolen mit Busse bestraft würde, auch wenn dies ohne die Absicht geschieht, die damit verbundene Ideologie zu bewerben. Nachdem der Bundesrat einen Bericht zur Thematik veröffentlicht hatte, wollte die Kommission das Anliegen lieber mit einem spezialgesetzlichen Verbot regeln, weshalb sie eine eigene Kommissionsinitiative lancierte (Pa.Iv. 23.400) und die Initiative Suter ablehnte.<sup>7</sup>

**PARLAMENTARISCHE INITIATIVE**  
DATUM: 28.02.2023  
KARIN FRICK

Da das Anliegen über die beiden parlamentarischen Initiativen Barrile (sp, ZH; Pa.Iv. 21.524) und der RK-NR (Pa.Iv. 23.400) weiterverfolgt werden würde, **zog Gabriela Suter (sp, AG) ihre Initiative für ein Verbot der öffentlichen Verwendung und Verbreitung rassendiskriminierender Symbole** in der Frühjahrssession 2023 **zurück**. Ihre Initiative war von der RK-NR zugunsten der beiden anderen nicht unterstützt worden, weil sie eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs forderte und die Kommission das Verbot lieber in einem Spezialgesetz regeln wollte.<sup>8</sup>

---

1) Medienmitteilung der RK-NR vom 25.6.21; Pa.Iv. 20.445

2) AB NR, 2021, S. 1935; Po. 21.3969

3) Medienmitteilung der RK-SR vom 21.1.22

4) AB NR, 2022, S. 2183 f.; Bericht RK-NR vom 11.11.22; 24H, 7.12.22

5) AB SR, 2023, S. 1282 ff.; Bericht RK-SR vom 12.10.23; So-Bli, 24.12.23

6) Medienmitteilung RK-NR vom 13.1.23; Pa.Iv. 23.400

7) Medienmitteilung RK-NR vom 13.1.23; Pa.Iv. 21.525

8) AB NR, 2023, S. 68